

Wichtig an jedem Wert...
Bezugspreis
im Juni 1923...
Einzelnummer 1 200...

Der Gesellschafter

Wirts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Beibehaltung der Zeitung im
Oberamtsbezirk...
Telegraphen-Adresse:
Gesellschafter Nagold,
Postfachkonto:
Stuttgart 6113.

Ar. 127

Montag, den 4. Juni 1923

97. Jahrgang

Zur Schuldfrage

„Was in den Augen der ganzen Menschheit die französische Forderung rechtfertigt, das ist nicht der Ausgang der Feindseligkeiten, sondern allein der Ausgangspunkt des Kriegs...
Wann tatsächlich nicht die Mittelmächte es sind, die den Krieg hervorgerufen haben, warum sollten sie dazu verurteilt sein, die Schulden zu bezahlen? Eine geteilte Verantwortlichkeit, schließt sie nicht immer mit Zug und Recht die Zahlung der Kosten in sich? Man teile also die Kosten, wenn Deutschland Entschuldigungen hat!“
(Poincaré im „Temp“ am 27. Dez. 1920.)

Die neue Antwortnote

Vor der letzten Entscheidung

Es an maßgebender Stelle unterrichteter Mitarbeiter schreibt uns: Wenn diese Zeilen in Druck gehen, ist die neue deutsche Note vielleicht fertiggestellt. Vielleicht aber auch noch nicht. Haben doch bis zur Stunde die Banken und die großen Handelsorganisationen beim Reichstagler noch nicht vorgeschrieben. Die innerpolitische Spannung ist in den letzten Tagen gewachsen, und zwar ging der Streit nicht mehr eigentlich um die Abfindung oder Verzögerung der Note. Ob sich die Note auch an Frankreich wenden soll und welcher Ton hier anzuschlagen wäre, ist Gegenstand der Debatte. Darüber sind sich weniger die Parteien, als vielmehr die Temperamente innerhalb der Parteien einig. Im übrigen rang man zuerst nur nach um Einzelheiten. Sollten neue Zahlen genannt oder an den alten festgehalten werden? Soll die Frage der internationalen Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit abermals angegriffen werden? In welcher Form soll die von Lord Curzon verlangte genauere Angabe der Sicherheiten erfolgen?

Die Ziffern des ersten Angebots, darüber sind sich die Minister des Kabinetts Cuno einig geworden, können nur dann abgeändert und erweitert werden, wenn auch die Zahlungen und Stundungen, die Art der Zahlungen und Zinsberechnungen verändert werden. Wenn sonst würde sich ja die deutsche Diplomatie trotz der christlichen Ueberzeugung, mit der sie ihre ersten Vorschläge machte, Lügen strafen. Das Jögern, das man dem Reichstagler so sehr zum Vorwurf zu hat, war durchaus richtig: Die Frage des internationalen Gläubigers ist in letzter Stunde geklärt worden. Die gesamte englische Presse bezog sich am Donnerstag übernehmend also wohl auch beeinflusst, nachdem die Sozialisten des neuen Reichstags Kabinetts erteilt hatten, eine gründliche Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit als Vorbedingung jeder künftigen Entschuldigungsleistung Deutschlands. Das war ein deutscher Akt, und man wird es begreiflich finden, wenn die Reichsregierung nochmals das Verlangen nach internationaler Begünstigung der deutschen Zahlungsfähigkeit in den Vordergrund rückt. Auf Frankreich wird diese Förderung zwar wieder wie das bekannte rote Tuch wirken. Aber an Frankreich wendet sich die neue deutsche Note nicht, kann sie sich nach den unglücklichen letzten Verhandlungen Poincarés nicht wenden. Sie ist vielmehr eine Antwort auf die kritischen Einwände Curzons und Mussolinis.

Se mehr man sich in diese Schwierigkeiten hineinbeugt, desto eher wird man die vorsichtige und kostende Haltung der Reichsregierung verstehen. Man hat im Inland wie im Ausland der ersten Berliner Note den Vorwurf gemacht, daß sie die Feinheiten der politischen Psychologie vernachlässigt. Will man der zweiten Note durch innerpolitischen Streit jede Möglichkeit nehmen, diplomatisch zu wirken? Der innerpolitische Streit geht um die Bürgschaften. In welcher Form soll die Regierung das neue Bürgschaftsangebot vorbringen? Als Produkt eigener Nachvollkommenheit oder als — Diktat der Industrie? Wie weit soll in der Note von den gesellschaftlichen Bindungen die Rede sein, die ja vorläufig nur in Aussicht gestellt, nicht aber als feste Tatsache hingelegt werden können? Die deutsche Sozialdemokratie verlangt, daß die Gewähr der Industrie an Mineralien Voraussetzung oder Bedingung geknüpft sein dürfe. Aber werden denn von Arbeitnehmerseite keine Bindungen gefordert? Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Reichsbahnbeamten hat soeben auf seiner Berliner Tagung mit Nachdruck verlangt, daß unter allen Umständen die Reichsbahn im Besitz und Betrieb des Reichs bleiben müssen. Das ist also eine Gegenbedingung.
Die Reichsregierung, deren Lage bei dem lebensschwierigen Kontakt mit allen Seiten nicht beizubehalten ist, muß für die letzte Form des Angebots vollständig freie Hand bekommen. Sie hat unter dem schmerzlichen Druck der Stunde mehr als bisher üblich war, die Wirtschaftsmächte statt der Parteien zu Wort kommen lassen. Die letzte Entscheidung muß die amtliche Politik in voller Verantwortung treffen und unter ihrer alleinigen Verantwortung treffen.
F. A.

Frankreich in Waffen

Was uns nach Beendigung des Kriegs der Skandinavienvertrag von Versailles zugebietet und unsere vollständige

Entwaffnung gefordert wurde, geschah dies, um „den Weltfrieden zu wahren“, wie man so schön sagte. So wie die Dinge jetzt liegen, scheint die Welt von der Entwaffnungsfrage und vom sogenannten Weltfrieden ferne denn je zu sein. Aus der Schweiz dringen, wie die L. N. A. schreiben, merkwürdige Nachrichten zu uns. Danach hat ein erheblicher Teil der Schweizer Uhrenindustrie seinen Betrieb eingestellt und die Verfertigung von Uhren über die Grenze stark herabgesetzt, weil in der Schweiz ungeheure Aufträge auf Lieferung von Munition vorliegen. Fernerhin arbeitet man in den Schweizer Laboratorien auf Bestellung an der Anfertigung der verschiedensten Impfstoffe, wie sie im abgelaufenen Krieg zur Impfung von Soldaten gegen die häufiger auftretenden Seuchen verwendet wurden. Besonders bezeichnend ist, daß es sich bei diesen Aufträgen auch um solche Stoffe handelt, deren Wirkung wenige Monate nach ihrer Herstellung aufhört. Wer ist der Besteller? Steht im Balkanland eine Explosion bevor oder reifen im Osten große Dinge der Entscheidung entgegen? Die Reihen französischer Generale nach Serbien und Polen haben erheblich verschärft und sogar in Italien starke Mißbilligung hervorgerufen.

Ungeachtet dieses Aufstrebens Frankreichs erscheint es angebracht, kurz zusammenfassend die Hilfsmittel zu nennen, die augenblicklich diesem Land in einem kommenden Krieg zur Verfügung stehen. Frankreich, das dauernd darüber nachdenkt, des Schutzes gegen Deutschland zu bedürfen, gebietet zur Stunde über 800 000 Bajonette, 5000 Geschütze jeder Art, 4000 Flugzeuge und etwa 5000 Panzerwagen. Hinter dieser Friedensstärke stehen noch neuerliche Berechnungen von 1 1/2 Millionen Mann Reserve. Dazu kommt, daß Frankreich, dessen Finanzen durch unsere Entschuldigungsleistungen verbessert werden sollen, liebesthaft rüftet und ungeheure Mittel aufwendet, um eine neue Feldhaubitze mittlerer Wirkung, ein bewegliches Infanteriegeschütz, ein besonders leistungsfähiges Gebirgsgeschütz für Flach- und Steil- schuß dazu neue 120-Kilometer-Ferngeschütze, die zusammen mit den Flugzeugabwehrkanonen wirken sollen, herzustellen. Da Frankreich auch auf die Unterstützung des etwa auf 800 000 Mann zu schätzenden belgischen Heers rechnen kann und ihm die Streitkräfte der kleinen Entente mehr oder weniger willig sein dürften, so würden sich den vorher angeführten Zahlen an Material noch etwa 2—2 1/2 Millionen Soldaten der Verbündeten zugesellen. Auf die englische Unterstützung scheint Frankreich nicht mehr zu rechnen, sondern im Gegenteil in seine Konstellationen sogar einen Krieg gegen England stark einzustellen. Was die Seerüstungen Frankreichs anbelangt, so hat man sich durch riesenhafte eine Schlachtflootte geschaffen, die bei weitem die deutsche Flotte übertrifft, wie sie sich zur Zeit ihres höchsten Stands zeigte.

Indessen darf nicht verkannt werden, daß dieser militärische Erfolg auch seine schwachen Punkte hat, die in den Kreis der Ermüdungen gezogen werden müssen. Die Bevölkerungszahl ist überaus ernst. Zwar hat Frankreich im Weltkrieg 1 1/2 Millionen Soldaten mit 1 1/2 Tode und Kamerun mit 4 1/2 und Spanien mit 1 1/2 Millionen Einwohnern gewonnen. Es hat dafür aber auf den Schlachtfeldern 1,6 Millionen der besten Männer verloren. Dazu treten etwa 800 000 Krüppel und eine Zunahme der Sterblichkeit unter der bürgerlichen Bevölkerung, die nicht unterschätzt werden darf. Der Geburtenausfall ist empfindlich. Die beiden Departements des Nordens, wo die stark entwicklungsfähige künftige Bevölkerung liegt, ist besonders schwer heimgesucht worden. Es ist zu bedenken, daß Frankreich im Jahre 1815 20 Prozent, 1870 15 Prozent, im Jahre 1900 8 Prozent, im Jahre 1920 7,5 Prozent und 1922 nur 7 Prozent der Bevölkerung Europas gehabt hat. Diese Zahlen beweisen das Zusammenbrechen des französischen Volkstums und deuten darauf hin, daß es auf die Dauer unmöglich ist, eine ganze Welt durch ein Volk mit so kleinem Bevölkerungsentwicklungsstand zu verwalten und vergewaltigen zu lassen. Alle bombastischen Reden von der Macht Frankreichs können über diese schweren Sorgen nicht hinwegtäuschen. Rechnet man Elsch-Rothkruppen hinzu, so hat Frankreich heute knapp 38 Millionen Einwohner im Mutterland gegen 39,8 Millionen vor Kriegesbeginn. Darunter sind 1,2 Millionen Deutsche, 700 000 belgische Flamen und 100 000 Italiener. Weite Gebiete sind lernerhin entvölkert, ganz besonders im Süden, wo die einst so vollere Bevölkerung von Languedoc und Gascogne fast leer geworden sind.

Man muß indessen anerkennen, daß die Franzosen stark an der Arbeit sind. Sie wollen uns die linksrheinischen Gebiete mit 3 1/2 Millionen Bewohnern, vielleicht auch noch das Ruhrgebiet mit ebensoviel Einwohnern erreichen, hauptsächlich aber durch wirtschaftliche Verelendung in Deutschland Hungersnot, Kindersterben und Bürgerkrieg die Entvölkerung hervorbringen. Das französische Heer zählte im Friedensstand bei Kriegsausbruch fast 800 000 Mann mit dreijähriger Dienstzeit. Jetzt ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen die 1 1/2-jährige Dienstzeit festgelegt. Das jährliche Rekrutenkontingent betrug 1921—1923 195 000 Mann, somit Friedensbestand rund 290 000 Mann. Dazu kommen 150 000 Freiwillige und Kapitulanten, 250 000 Farbige, zusammen fast 700 000 Mann, so daß für die Gesamtzahl von 800 000 Mann dauernd Reservisten auf je 58 Tage eingezogen werden müssen, eine sehr harte Maßnahme, die

höchst empfindlich auf das Wirtschaftsleben drückt und zu großer Ungleichheit Anlaß gibt.

In zweiter Stelle, aber nicht minder wichtig, ist die Frage der Ueberwindung. Im aktiven französischen Heere liegen etwa 250 000 Farbige, also fast ein Drittel des Gesamtbestandes. Hier von beanden sich im Frühjahr 1923 50 000 Mann im besetzten Gebiet, 50 000 Mann in Frankreich, der Rest in Nordafrika (Tun., Alger., Marokko) sowie im Orient. Die französischen Kolonien haben rund 55, unter Umständen sogar 60 Millionen Einwohner. Wird dort die allgemeine Wehrpflicht nach und nach eingeführt, wie es Frankreich plant, so läßt sich bei 1 v. H. der Bevölkerung ein farbige Heer von 50—60 000 Mann, im Krieg bei 8 Prozent von 4—5 Millionen Mann herauspressen. Hieraus entsteht aber eine doppelte Gefahr. Erstens wird sich ähnlich wie z. B. in Portugal eine „Rasialisierung“ der französischen Bevölkerung, also eine gefährliche Entartung der Rasse, wenn auch erst im Lauf von Generationen, ergeben. Zweitens aber muß es als fraglich angesehen werden, ob Frankreich, wenn es seine Kolonien auf die Höhe europäischer Kultur und Bewaffnung gebracht und dabei auch den Freiheitsdrang gefördert hat, sie wird halten können. Es sieht sich dann vor ähnliche Schwierigkeiten gestellt wie England, verfügt aber bei weitem nicht über die gleichen Mittel. Verliert jedoch Frankreich seine Kolonien, dann würde es sofort zum Staat dritten Rangs herabsinken.

Zum Schluß die Wirtschaftsfrage. Ungeheuer drückend ist die Kriegsschuld und ebenso gewaltig auch die Steuerlast. Es wird auf die Dauer Frankreich nicht möglich sein, bei seinem Menschenmangel die Ertragsgebiete von Brügge und Belgien auszubenten, dazu auch noch die vier Fünftel der Golanzerlager Deutschlands, die ihm in Lothringen zugefallen sind. Schon jetzt geht man dazu über, durch Anwerbung fremder Arbeiter, besonders Chinesen, dem Menschenmangel abzuhelfen, auch Italiener werden herangezogen. Wohin aber diese Einfuhr fremder Bevölkerung führen wird, liegt auf der Hand.

Alles in allem genommen: Frankreich starrt zwar in Waffen, hat aber einen drückenden Mangel an Bevölkerung, der sich von Jahr zu Jahr härter bemerkbar machen wird. Dieser Mangel wird neben anderen politischen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen mit dazu beitragen, die militärischen Rüstungen Frankreichs nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Jede Anstrengung, die über das notwendige Maß hinausgeht, trägt den Keim des Zusammenbruchs früher oder später in sich. Hieran werden auch die kleinen Staaten nichts ändern können, die sich zur Stunde in vollständiger militärischer Hörigkeit Frankreich gegenüber befinden.

Wie wird Englands Politik steuern?

Für uns Deutschen keine nebensächliche Frage. Vielleicht sogar eine Lebensfrage. Als das neue Kabinett ins Leben trat, hieß es allgemein, bei uns und auch in Frankreich: „Nur Personalwechsel, kein Systemwechsel.“ Das stimmt im allgemeinen, stimmt vor allem insofern, als nach wie vor konservative Politik getrieben werden soll. Und doch auch hierin ein nicht unwesentlicher Unterschied gegen vorher. Baldwin bedeutet den Sieg der sogenannten Ultra-Konservativen über die Rechten, die „Diehards“. Er wird sich bemühen, die beiden Konventionen Fügung völig zu verbinden, so daß auch die mehr liberalen Konventionen zu Geltung kommen.

In dieser Linie liegt das Programm des neuen Erstenministers, wie er es am 12. Mai auf dem Parquet der unionistischen Vereinigung entwickelt hat. Er will Beatonsteils Politik fortführen, d. h. fortschrittlich sozial im Innern, machtmantelnd nach außen. Die Letztere berührt uns Deutsche auch. Hierbei muß ein Punkt als unwesentlich im Auge behalten werden: Baldwin, wie Lord Curzon und alle seine andern Kollegen werden an der Entente festhalten. Sie werden genau in den Fußstapfen Bonar Law marschieren, des Mannes, der, trotzdem er zweimal in der Entschuldigungsfrage in Paris und in der Orientfrage in Lausanne, von Poincaré geradezu schroff vor den Kopf gestoßen wurde, dennoch den Faden des englisch-französischen Bündnisses nicht fahren ließ. Das wird also der letzte Punkt sein, um den sich auch Baldwins Politik bewegen wird. Eine andere Sache ist, ob er in der Ruhrfrage jene übertriebene „wohlwollende Neutralität“ Bonar Law fortzuführen wird? Zunächst ist Baldwin Geschäftsmann, und so wird er die ganze Entschuldigungsfrage zunächst auch unter dem geschäftsmännlichen Schwinkel behandeln. Soll England seinem französischen Schutznieder entgegenkommen, so muß dieser Deutschland die Freiheit der Wirtschaft zurückgeben, also seine Gewaltpolitik an Rhein und Ruhr einstellen. Es ist somit zu hoffen, daß Baldwin, bei allem Festhalten an der Entente, in der Mißbilligung des Ruhrstreiks bestimmter und klarer als Bonar Law auftreten wird.

Ob dabei Lord Curzon mittun wird? Nach der englischen Antwort vom 13. Mai sieht es nicht so aus. Vielleicht aber war es bei Curzon mehr Bormund als Grundgesetz. Auch wird sich bald herausstellen müssen, wer von beiden Konkurrenten — denn sie bewarben sich ja in einer wie bei andern um denselben höchsten Posten — das größere

Uebergewicht in der Außenpolitik haben wird? Ob über kurz oder lang Baldwin doch dem älteren Lord Curzon weichen muß?

In der Entschädigungsfrage wird Baldwin an Mac Kenna eine gute Stütze finden. Als schärfster Kritiker des Verfallers Vertrags hat er den Grundgedanken vertreten, man müsse die Entschädigungen nach Deutschlands Leistungsfähigkeit bemessen.

Von Bedeutung dürfte auch ein anderer Grundgedanke sein, der sich in der Regierung Baldwin's bemerkbar machen wird: Die Verständigung mit Amerika. Dafür bürgen die drei Namen Baldwin, Cecil und Curzon. War es doch in erster Linie Baldwin's Verdienst, daß die beiden angloamerikanischen Großmächte in Sachen der Kriegsschulden handelsmäßig wurden. Hiernach verpflichtete sich England, innerhalb 30 Jahren seine 4,5 Milliarden Dollars Schulden an Amerika abzuzahlen und sie zu drei Prozent zu verzinsen. In Amerika war man über diese Abmachung recht froh. Entsprechend groß war auch die Genugtuung über die Erneuerung Baldwin's zum englischen Premierminister.

Endlich wird in dem neuen Kabinett der Völkerverbund eine größere Rolle spielen als bisher. Dafür wird Lord Balfour sorgen. Ist er doch zweifellos unter den Völkerverbundboten die charaktervollste Gestalt. Auch im englischen Parlament ist er wiederholt für eine stärkere Heranziehung dieser Einrichtung bei Schlichtung von außenpolitischen Streitfragen eingetreten. Namentlich verlangte er dies — allerdings unter dem Widerspruch Frankreichs — für die Entschädigungsfrage.

Ob und wieweit alle diese Vermutungen eintreffen, kann heute mit Sicherheit nicht beantwortet werden. Lord George hat mit dem Verfallers Vertrag das „europäische Gleichgewicht“, auf welches die englische Festlandspolitik von jeher den allergrößten Wert legte, gründlich erschüttert. Er sieht es jetzt auch ein, allerdings ohne an seine eigene Brant zu schlagen. Bonar Law nahm den Anlauf zur Verbesserung dieses Fehlers seines Vorgängers. Aber eine schwere Krankheit hat seinen Willen gelähmt. Es blieb alles bei einer unthätigen Neutralität, für England fast ebenso unbedeutend wie für das von Frankreich schwer mißhandelte Deutschland. Nun steht Stanley Baldwin am Steuer. England erwartet von ihm mehr Unternehmungsgest. Lord Curzon's glückliche Orientpolitik hat ihm den Rücken freigemacht. Aber frei ist England noch lange nicht von Furcht vor dem allgewaltigen militärischen Frankreich.

Wohnt, es ist keine leichte Sache, heute Englands Geschicke zu leiten. Schrieben doch die „Times“ (26. Mai): „Niemals war eine ruhigere und müßigere Haltung der englischen Regierung in europäischen Angelegenheiten so notwendig wie in diesen Tagen zunehmender Schmierereien. Bonar Law und seine Nachfolger haben von der Koalitionsregierung (Lord George) eine Last geerbt, wie sie keine andere englische Regierung in dieser Schwere je zu tragen gehabt hat.“ W. H.

Vom Ruhrkrieg

Die französische „Rechtspflege“

Seit dem Ruhrbruch haben die französischen und belgischen Kriegengerichte gegen deutsche Staats- und Gemeindebeamte an Strafen verhängt: 443 Jahre 8 Monate 16 Tage Gefängnis und 464 545 000 Mark und 2850 Franken (13 1/2 Millionen Mark). Davon entfallen auf Boden 1 Jahre 6 Monate 99 Tage und 30 335 000 Mark. Rechnet man nur die Strafen des Krupp-Prozesses und des Düsseldorf-Kriegsgerichts zur Hilfe hinzu, so ergibt sich eine Höhe von 646 Jahren 2 1/2 Monaten und 1328 Millionen Mark. Außerdem wurde ein Deutscher zum Tod verurteilt, einer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Erpressung

Duisburg, 3. Juni. Der Stadt Duisburg wurde wegen angeblicher Störung des Telegraphenbetriebs eine Strafe von 100 Millionen Mark auferlegt.

Ein Büfettsräulein in Bitten, das einem froh zudringlichen Franzosen ein Bierglas an den Kopf geworfen hatte, wurde zu 2 Monaten Gefängnis und 100 Franken (480 000 Mark) Geldstrafe verurteilt.

Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Dr. Pütterbeck, wurde vom belgischen Kriegengericht in Steenrade wegen „Beleidigung“ zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte gegen die Erschießung Schlageters bei General Degoutie Widerspruch erhoben.

Französische Rücksichtslosigkeit

Bochum, 3. Juni. Französische Panzer- und Lastkraftwagen führen mit größter Geschwindigkeit beim Einbiegen in eine StraÙe auf den Bürgersteig in die Vorübergehenden hinein. Ein Mädchen wurde getötet, ein anderes schwer verletzt.

In Düsseldorf wurde nachts 11 Uhr der Kaufmann Rüppers von einem französischen Soldaten, der ihn nach dem Boh fragte, auf offener StraÙe seiner Brieftasche mit 77 000 Mark Bargeld beraubt. Der Strohenräuber entfloh.

Wanne, 3. Juni. Polizeikommissar Bogelgang, der den Widerstand der Polizei und des Selbstschutzes gegen die Kommunisten geleitet hatte, ist von den Franzosen verhaftet worden.

Von der Franzosenbahn

Ludwigshafen, 3. Juni. Auf der Strecke Landau—Insheim entgleiste ein Personenzug dadurch, daß der Lokomotivkessel platzte. Trotzdem beschuldigt die französische Behörde die Deutschen, die Entgleisung böswillig verursacht zu haben, und den Behörden in Stadt und Bezirk Landau wurde die Auflösung erteilt, binnen 48 Stunden die Läter feitzustellen und an die Befehlsbehörden auszuliefern. Ueber Landau und Umgebung ist eine strenge Verkehrsperre von abends 9 Uhr bis 5 Uhr morgens verhängt worden. Pässe nach dem rechtsrheinischen Deutschland werden vorläufig nicht mehr ausgestellt.

Als Urheber des Unglücks ist ein aus Oldenburg stammender Ingenieur des Oppauer Stahlwerks, der früher Offizier war, von den Franzosen verhaftet worden. Er soll nach

der F. 3. offen bekannt haben, daß er sich aus Vaterlandsliebe opfern wolle.

Essen, 3. Juni. Auf der Strecke Kupferdreh—Langenberg wurde eine Weiche, aufgerissen. Das Weichenstück fehlt. Ebenso wurden das Gleis nach Liebrun und Weiden aufgerissen. Es ist daher nicht möglich, aus dem Elberfelder Bezirk Lokomotiven und Wagen heranzuschaffen oder den Verkehr auf der Strecke Essen—Süd—Kettwig aufzunehmen.

Der Chemikalienraub

Paris, 3. Juni. Laut „Echo de Paris“ sind im ganzen besetzten Gebiet in der letzten Woche für 200 Millionen Franken (900 Milliarden Papiermark) chemische Erzeugnisse „beschlagen“ worden.

Der Streik in Köln

Köln, 3. Juni. Den streikenden Straßenbahnern haben sich alle städtischen Arbeiter angeschlossen. Köln ist ohne Was.

Die englische Befehlungsbehörde hat 4 Streikführer verhaftet lassen.

Die „größten Schurke“

Berlin, 3. Juni. Die beiden Angeber, denen Schlageter zum Opfer gefallen ist, sind nach der D. A. Z. ermittelt und verhaftet worden.

„Kreditunwürdig“

Paris, 3. Juni. Der „Herald“ erfährt aus New York, die amerikanischen Großhändler nehmen aus neue Anstand, sich an der Anleihe für Deutschland zu beteiligen, solange es den roten Umstürzern gegenüber sich so unfähig zeige. Sie werden sich zur Hilfe erst bereit finden, wenn die Reichsregierung durch Festigkeit die ruhige Entwicklung und die Sicherheit der Anleihe verbürge.

Der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet, der englische Botschafter D'Abernon habe vor seiner Abreise aus Berlin die Reichsregierung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die für Deutschland aus der Duldung der Untriebe der russischen Bolschewisten entstehen. Radok und Bela Kuhn befinden sich mit 40 anderen Sendlings in Deutschland.

Der Vorstoß Cecils abgewehrt

Paris, 3. Juni. „Reit Parisien“ meldet, der französische Botschafter in London habe Lord Curzon „die Gründe auseinander gesetzt“, warum Frankreich die von Lord Cecil beantragte Untersuchung der Lage des Saargebietes nicht annehmen (dauern) könne. Der Erfolg sei, daß „keine ernstlichen Schwierigkeiten“ der Verständigung mehr entgegenstehen und man könne erwarten, daß die britische Regierung ihren Antrag beim Völkerverbund zurückziehen werde. (Das war voraussehen.) Die Antwort Poincarés spricht dem Londoner „Daily Telegraph“ zufolge dem Völkerverbundrat die Befugnis ab, einen Untersuchungsausschuß zu ernennen.

In einem Schreiben an die Stadtverwaltung in Osnabrück wird die Forderung von 100 Millionen Mark als Strafe für die Bruchspaltung am 12. Mai wiederholt und die Verhaftung des Direktors Kalkhoff von der Gute Hoffnungshütte und des Bürgerausschußmitglieds Lüdeberg mitgeteilt. — Kalkhoff befindet sich auf Reisen, Lüdeberg ist schon in Haft.

Neue Nachrichten

Der neue Marksturz

Berlin, 3. Juni. Am Samstag früh fanden wichtige Ministerbesprechungen beim Reichskanzler statt, an denen der Reichsbankpräsident sich beteiligte. An der Börse glaubt man, daß der Marksturz eine Folge der ergebnislos verlaufenen Bemühungen der nach London entsandten Dreimännerkommission sei.

Denkschrift der Gewerkschaften

Berlin, 3. Juni. Die linksgerichteten gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben in einer Denkschrift an die Reichsregierung im Sinn der bereits mitgeteilten Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen den vom Reichsoberhand der deutschen Industrie angebotenen Vorschlag Verwahrung eingelegt, daß als Opferleistung für die Kriegsentwöhnung die tägliche Arbeitszeit verlängert und der Lohnstarifzwang eingeschränkt werde. Vor allem müsse der in unzulässigem Eigentum beruhende Besitz zu den Leistungen herangezogen werden.

Der „Vorwärts“ schreibt drohend, diesen Forderungen gegenüber sei die Regierung Luno seit auf die Probe gestellt. Die „gespielte Armut“ der besitzenden Klassen müsse die Welt mit Mißtrauen erfüllen und den Argwohn von vergrabenen Schätzen erwecken, während die wirkliche Armut in den Gassen schreie.

Vom Staatsgerichtshof

Celzylg, 3. Juni. Der außerordentliche Staatsgerichtshof verurteilte den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Schutz- und Truhbunds Alfred Roth in Bergedorf bei Hamburg (geborener Stuttgarter) wegen Beleidigung Rathenau's in einer öffentlichen Versammlung in Stettin zu 500 000 Mark Geldstrafe.

Zurückgekehrte Landesverletzung durch Franzosen

München, 3. Juni. Obgleich den französischen Privatfliegern durch den Vertrag von Versailles verboten ist, ohne Erlaubnis der Reichsregierung deutsches Gebiet zu überfliegen, kehren sich die Flieger nicht daran und die französisch-rumänische Luftfahrergesellschaft läßt ihre Flugzeuge allwöchentlich über einen großen Teil des Reichs segeln. Am Freitag mittag ging ein solches Flugzeug über Stuttgart weg (D. Schr.) Nachdem vor kurzem eines dieser Flugzeuge bei Schweig in Mittelbranken hatte eine Notlandung vornehmen müssen, sind dieser Tage wieder zwei Flugzeuge derselben Gesellschaft bei Nürnberg wegen Maschinenschadens niedergegangen. Die Flugzeuge wurden samt der Ladung in vorläufige Verwahrung genommen und die Führer, von denen einer verletzt ist, werden einzwölven festgehalten.

Amerikanisch-türkischer Handelsvertrag

Lausanne, 3. Juni. Der Vertreter der Vereinigten Staaten wurde ermächtigt, mit den türkischen Vertretern auf den Friedenskonferenz in Verhandlungen über einen Freundschafts- und Handelsvertrag einzutreten. — Einen Handelsvertrag hat Deutschland mit Amerika auch schon, aber zu einem „Freundschaftsvertrag“ haben wir es doch nicht gebracht.

Württemberg

Das neue württ. Ministerium

Die Sozialdemokratie scheidet aus der Regierung aus Stuttgart, 2. Juni. Der Staatspräsident hat den Sozialminister Volz (Ztr.) von seinem bisherigen Amt enthoben und zum Minister des Innern den Oberregierungsrat im Justizministerium Beyerle (Vorsteher der württ. Zentrumspartei), zum Justizminister ernannt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion brachte dem Staatspräsidenten folgenden Fraktionsbeschluss zur Kenntnis: Die sozialdemokratische Fraktion stellt fest, daß die beiden anderen Koalitionsparteien ihr den Einfluß in der Staatsleitung nicht einzuräumen bereit sind, den sie nach dem Maß ihrer Verantwortung vor dem Volk und nach ihrer Pflicht beanspruchen muß und der auch von den beiden anderen Parteien grundsätzlich als berechtigt anerkannt worden ist. Unter diesen Umständen ist die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage, sich weiterhin an der Regierung zu beteiligen.

Der so lange sich hinziehende Streit um den Posten des Ministers des Innern ist nun entschieden. Das Zentrum, die stärkste Partei, hat sich das wichtigste Ministerium gesichert, der Anspruch der Sozialdemokraten auf zwei Ministerposten, wozu sie zahlenmäßig der erheblich schwächeren Demokratie gegenüber, die das Staatspräsidium und im Finanzministerium inne hat, berechtigt erscheint, ist nicht durchgedrungen. Die Sozialdemokratie war andererseits, so es scheint, auch nicht mit der Entschädigung durch zwei Ministerialdirektoren zufrieden und zog es vor, ganz aus der Regierungskoalition auszuschneiden. Damit scheidet aber auch der leitende Arbeits- und Ernährungsminister Reil mit dessen Rücktritt übrigens wegen seines verunglückten Kampfes gegen den bürgerparteilichen Abgeordneten Rejille in naher Zeit wohl sowieso zu rechnen war. In der Ernennungsentreise hält man es, wie verlautet, überhaupt nicht ausgeschlossen, daß im Interesse der parlamentarischen Vereinfachung des Ernährungsministeriums wieder ausgeden und sein verhältnismäßig beschwerender Aufgabenteil dem Ministerium des Innern vereinigt wird, zu dem es früher gehörte.

Stuttgart, 2. Juni. Noch eine Denkschrift. Hat die sozialistischen Gewerkschaften in Württemberg haben in Regierung eine Denkschrift übergeben, in der Maßnahmen gegen Teuerung und Hunger verlangt werden. Auch in Württemberg werde „die Gefahr immer größer, daß sich die Erregung der arbeitenden Volksteile in ähnlicher Weise auswirkt wie in andern Teilen des Reichs“.

Stuttgart, 3. Juni. Der neue Brotpreis. Infolge der Hervorhebung des Mehlabgabepreises der Reichsregierung mußte der Preis für den 930 Gramme Laib Marktbrot vom 4. Juni an auf 1100, für Marktbrotmehl auf 700 Mark das Pfund erhöht werden. Markenfreies Brot kostet nun 2600 Mark, Weißbrot 3000 Mark das Alia, ein Paar Weizen 300 Mark.

Stuttgart, 2. Juni. Mittelstandsnothilfe. In Verkaufsstelle für den noleidenden Mittelstand in dem al-Ratharmenist, Friedrichstr. 34, hat seit ihrer Eröffnung am 31. Juni 1922 bis 20. Mai 1923 aus dem Verkauf der al-lebenen Gegenstände Einnahmen von insgesamt 400 Millionen Mark erzielt. Der Andrang an der Verkaufsstelle war besonders in den letzten Tagen außerordentlich groß; der trug am 27. Mai die Tageseinnahme allein 17 Millionen Mark. Neuerdings werden auch Möbel und größere Haushaltsgegenstände in der Weise vermittelt, daß diese nicht auf der Verkaufsstelle gebracht werden müssen. Die Verkaufsstellen können ihre Meldungen bei der Verkaufsstelle abgeben, wo sie dann durch Aushang zur Kenntnis der Kaufsuchenden gebracht werden. Die Möbel werden auf Eruchen von einem Fachmann gegen eine mäßige Gebühr im Hause geschätzt. Die Zentralleitung für Wohltätigkeit wirkt schon seit einiger Zeit darauf hin, daß auch außerhalb Stuttgarts eine Reihe von Zweigstellen der Stuttgarter Verkaufsstelle eingerichtet werden. Eine solche Zweigstelle besteht in Heilbronn (Eilmerstraße 74). Ferner ist neuerdings vom Bezirkswohltätigkeitsverein Ravensburg beschlossen worden, in Ravensburg eine Verkaufsstelle für das Oberland einzurichten. In Ulm betreibt der Evang. Frauenbund eine Verkaufsstelle für den noleidenden Mittelstand und in anderen Städten, wie in Reutlingen werden von Frauenvereinen gelegentlich Verkaufsmessen abgehalten. Nun soll in solchen Bezirken, in denen eine Verkaufsstelle nicht besteht, wenigstens eine Sammelstelle eingerichtet werden, von der die zur Ablieferung kommenden Gegenstände gesammelt und sofern sie nicht sofort an Ort und Stelle verkauft werden können, auf die Stuttgarter Verkaufsstelle gebracht werden. Hierbei handelt es sich selbstverständlich in der Hauptsache um Wertgegenstände von kleinerem Umfang, deren Beförderung mit nicht zu großen Schwierigkeiten und Kosten verbunden ist. Für solche Wertgegenstände ist dann in Stuttgart mehr als draußen das kostfreie Publikum vorhanden. In Cannstatt ist eine Annahmestelle im Rathaus eingerichtet worden.

Ulm, 2. Juni. Max-Reger-Fest. Am 9. und 10. Juni findet hier eine Reger-Fest statt mit Kammer- und Kirchenmusik. In die Ausführung teilen sich Kammerorganist Ecker-Schnaudt, das Wendlingquartett, Prof. Dr. Hesse, Musikdirektor Haun, Professor Wendling und der Verein für klassische Kirchenmusik Ulm. Die Leitung hat Musikdirektor Haun.

Waldsee, 2. Juni. Edle Spenden. Dem Tuberkulosefonds des Jugendamts Waldsee haben als freiwillige Spenden weiter überwiesen: die Standesherrschaft Aulendorf



500 000 M., die Seidenweberei Waldsee 500 000 M., das Sägewerk P. Peter, Wollers 200 000 M.

Radolfzell, 3. Juni. Ueber die umgekehrte Welt sprach der Vorsitzende der babilischen Zentrumsparlei Abg. Dr. Schöfer im kath. Begegnungsverein. Heute zählte man 1. Geldaristokratie, 2. Muskelaristokratie, 3. Geistesaristokratie. Das ist aber grundfalsch. Alle Fortschritte seien nicht der Hand, sondern der Kopfarbeit zu danken; die großen Erfindungen seien das Werk der Kopfarbeiter. Wenn wir wieder hochkommen wollen, müsse das Verhältnis wieder in die richtige Ordnung gebracht werden: zuerst die geistige, dann die körperliche Arbeit und am Schluss erst der Geldsack. Die körperliche Arbeit verleihe Verhältnis, sehr man bei den jungen Arbeitern, die anstatt zu lernen und im Handwerk und Gewerbe sich auszubilden, die viel zu hoch bezahlte Lohnarbeit in den Fabriken vorziehen und unständig bleiben, dagegen für Sport und Luxus Geld und Neigung in überreichem Maß besitzen. Das sei weder christlich noch philosophisch oder naturrechtlich zu verantworten. Daß die Studierenden gezwungen seien, ihren Unterhalt durch körperliche Arbeitsleistungen in der Ferienzeit zu verdienen, sei ein bewundernswürdiger und gefährlicher Zustand, der dazu führe, daß die geistigen Leistungen Schaden leiden und das Studium ein Vorrecht der Reichen werde. Bei der Befreiung der Staatsämter werde der Einfluß des Geldes sich geltend machen und die Bahn dem Tüchtigen verschlossen werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, den 4. Juni 1923

Reiss-Ausführung. Einen hohen, seltenen Gewinn bereitet die Reiss-Ausführung gestern nachmittags den sehr zahlreich erschienenen Besuchern in der Stadthalle durch Ausführung von Handarbeiten: Der Reiss. Reissung und Mischende hatten sich durch ihre Aufgabe auf Beste entledigt. Gewaltigen Eindruck hinterließen die prächtigen Eddie und Einzelstücke und die dankbaren Zuschauer gespannt bis zum letzten Augenblick der edlen Fälle des Erholens. (Wir werden morgen näher darauf eingehen. D. S.)

Lichtbildervortrag. Morgen Dienstag Abend findet im Gewerkschaftshaus ein Lichtbildervortrag statt über: „Das Ruhrgebiet und gibt es für uns noch einen Weg zur Freiheit?“ Herr Dr. Wegel aus Stuttgart, ein Regelder, gibt sich in dankenswerter Weise die Mühe, die Gründe, die die Ereignisse seit Januar auf aller Lippen gebracht haben, uns im Bild zu zeigen mit ihren ungeheuren Reichweiten und weiten Ausläufern. Dabei wird uns erst in vollem Umfange zum Bewusstsein kommen, welche tiefste Wunde die Entziehung dieses Gebietes durch Polens dem deutschen Volkstempel geschlagen hat. Ist dieser Schaden überhaupt wieder heilbar? Darüber wird uns der Redner in 2 Teil des Abends einiges zeigen und lazen; und da möchte er sich ganz besonders an die Jugend wenden. In einem Nachwort wird er ihr noch von seiner Tätigkeit als Führer einer Jungdeutschlandgruppe erzählen, die vorterritoriale Einkehrung von Jungdeutschland überhaupt aufzulösen und zur Bildung einer Ortsgruppe hier auffordern. Eine Vereinerung der Jugend unter dem Wahlspruch: „Wie helfen wir dem Vaterland?“ kann nur jeder wollen und wünschen, deshalb müssen wir alle morgen Abend kommen (i. Angeleg).

Die arbeitslosen Schwerverletzten des III. Weltkrieges werden am Montag den 2. Juli vorm. 10 1/2 Uhr in Tübingen und am Dienstag den 3. Juli vorm. 9 Uhr in Kottbusch. Vorhergehend in Tübingen in Landgerichtsdirektor Dr. Kopl und für Kottbusch Landgerichtsdirektor Rau.

Der deutsche Postverkehrs im Jahre 1922. Die Geldentwertung, die besonders seit dem Herbst vor. In einen großen Umfang angenommen hat, spiegelt sich auch in den Ergebnissen des deutschen Postverkehrs für 1922 wider. Der Umsatz hat mehr als 9 Milliarden Mark (9097 Milliarden) betragen und sich gegen das Jahr 1921 nahezu verdreifacht. Ein sehr erfreuliches Bild bieten die Ergebnisse des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, in dem 7892 Milliarden Mark oder 86 Prozent des Gesamtumsatzes beglichen worden sind. Ende 1922 haben dem Postverkehrs 913 789 Kunden angehört. Das Guthaben hat um 231 Milliarden Mark zugenommen und Ende 1922 243 Milliarden Mark betragen.

Die Markenbrotversorgung. Nach einer amtlichen Mitteilung im bayrischen Landtag wird die Reichsregierung eine Gesetzesvorlage einbringen, um die Markenbrotversorgung in bisheriger Umfang noch einige Monate über den 31. August 1923 hinaus fortzuführen.

Was haben wir bei unserer Ernährung im Haushalt zu beachten? Die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse haben den Reichsernährungsminister Dr. Lutzer veranlaßt, unter dem vorstehenden Titel von dem Sachverständigen für Lebensmittelfragen, Geheimrat Prof. Dr. A. Ackermann in Berlin eine Broschüre schreiben zu lassen. In leichtverständlicher Form gibt die kleine Schrift über die wichtigsten Lebensmittelfragen, über die hauptsächlichsten Lebensmittel, über deren Zusammensetzung und Bedeutung für die Volksernährung, über die Zubereitung, Frischerhaltung, zweckmäßige Verwendung usw. Auskunft. Man findet in dieser Schrift eine Fülle von Anregungen zur sparsamen und zweckentsprechenden Ernährung.

Kocher mit Sonne! Die Ausnutzung der Sonnenwärme zur Erzeugung von Wasserdampf war bisher nur in tropischen oder subtropischen Gegenden möglich, wie etwa in Kalkarien, wo man an den verschiedenen Stellen nur 4-5 Regentage kannte. Dort sind seit Jahren Sonnenmotoren in Betrieb, die auf Formen Pumpen betreiben und andere mechanische Arbeiten leisten. Daß aber die Ausnutzung der Sonnenkraft auch in der gemäßigten Zone möglich ist, beweist eine Erfindung, von der Dr. Paul Schröder in der neuesten Nummer der „Gartenlaube“ Mitteilung macht. Danach hat der deutsche Professor Adolf Maruse eine „Wärmekolle“ konstruiert, mit der auch in unserem nördlichen Klima dreiviertel der ausnutzbaren Sonnenenergie in nutzbarer Arbeit umgesetzt wird. Der Apparat ist so einfach, daß er selbst im Haushalt Verwendung finden kann, und bald wird man wohl der Hausfrau nicht mehr empfehlen: „Kocher mit Gas!“, sondern „Kocher mit Sonne!“

Erdlöcher. Kohlenrubenpflanzungen werden Jahr für Jahr von Erdlöchern schwer geschädigt. So klein die Tierchen sind,

so groß ist ihre Zahl. Es kommt deshalb oft vor, daß junge Pflanzungen vollständig vernichtet. Als bestes Bekämpfungsmittel gilt das Wegjagen der Schädlinge mittels eines breiten, beidseitig mit Nuppenlein oder auch mit Teer bestrichenen Kartons oder Brettes, das unten mit feinstem zerhackten Stroh oder Stroh gefüllt ist. Wird diese einfache Vorrichtung so über die Kultur fortbewegt, daß die Pflanzen mit den unteren Enden berührt werden, so springen die Pflanze hoch und bleiben an der Masse kleben. Diese Arbeit muß bei guter Witterung vorgenommen und mehrmals wiederholt werden. Für größere Grundstücke eignet sich ein Stück Tuch, das in beängiger Weise bestrichen und ausgebreitet über den befallenen Acker getragen wird. Bei der Handhabung von Tuch und Brett ist Sorge zu tragen, daß der Teer die Pflanzen nicht berührt. In Gärten und Gemüsegärten sagt den Tierchen nicht zu. Ebenso werden sie durch fortwährendes Fruchthalten der Pflanzbeete vertrieben.

Altenheim. Die Bezirksfürsorgestelle hält hier am Dienstag 5. Juni Sprechtag. Antragsverfahren werden ausbezahlt.

Halterbach. Viederkranz-Jubiläum. Am gestrigen Sonntag feierte der Viederkranz das 50jährige Jubiläum verbunden mit Jagdenweide. Ueber 40 Vereine, viele mit Fahnen, hatten sich gegen 1 Uhr auf der Straße nach Salztetten zum Festzug aufgestellt. Das Wetter war prächtig, der Festplatz herrlich im Walde gelegen, Stimmungskool und einladend der zahlreichen Gäste und Sängerschar wartend. (Ausführl. Bericht folgt.)

Familienforschung und Wappenkunde

Von Karl Busch, Berlin.

Der harte Krieg und seine entsetzlichen Nachwirkungen haben gelehrt, uns mehr als früher auf uns selbst zu besinnen und den Wurzeln unserer Kraft im eigenen Hause nachzuspüren. Als eine der gewiß seltenen günstigen Nachwirkungen ist untereigentlich zu verzeichnen, daß eine größere Verbreitung des Interesses für die Familienforschung Platz gegriffen hat. Jede Familie sollte sich anschauen, ihre Geschichte niederschreiben und aus dem Leben so mancher fröhlichen Gesellsamer Wut zu schöpfen, um an der Zukunft nicht zu verzweifeln. Dazu ist jedoch erforderlich, daß sich die einzelnen Familienglieder mehr Betragen entgegenbringen und Familienüberlieferungen beileben oder neu ins Leben rufen, um so den Grundstock zu legen für einen Familienarchiv. Vieles haben Familien geschichtliche Material, und es fehlt nur die Anregung, sich mit anderen noch lebenden Familienmitgliedern in Verbindung zu setzen. Es ist erstaunlich, wie reges Interesse sich herausbildet, wenn erst einmal der Anfang gemacht ist, und wie viele langweilige schollene Urkunden des Bestehens aus Tageslicht bringt zur Freude sämtlicher Familienmitglieder gleichen Stammes. Als fächerbares Zeichen der Zusammengehörigkeit ist die Auffindung oder Rekonstruktion eines Familienwappens zu bezeichnen, was keineswegs eine unzulässige Spielerei ist, wie vielfach angenommen wird. Der Adel, der meistens auf eine lange Tradition zurückblickt, weiß genau, warum er diese und sein Wahrzeichen, das Wappen, so liebevoll pflegt. Warum sollen die Bürgerlichen dies nicht auch tun? Haben doch ihre Vorfahren seit dem 14. Jahrhundert ebenfalls mit demselben Rechte Wappen geführt. Trotz aller Bemühungen der Fachvereine herrscht gerade auf dem Gebiet der Familien- und Wappenkunde eine überaus große Unkenntnis, doch dürfen wir erwarten, daß die heutigen Zeitungsverhältnisse den Familienforschungen von Nutzen sein werden. Der deutsche Bürger bekennt sich wieder auf die Verpfändung gegenüber seiner Familie, und dazu gehört jenes summe und seit 750 Jahren in Deutschland eingeführte äußere Zeichen für den Zusammenhalt der Familie, welches wir Wappen nennen.

Es ist ein weiserbreitender und fast unanrothbarer Irrglaube, daß nur der Adel berechtigt sei, Wappen zu führen. Die Geschichte lehrt aber, daß zur selben Zeit auch die bürgerlichen Wappen geführt wurden; sie wurden häufig von Kaiserin und Fürsten versehen und als Siegelbild, als Haus- oder Handelsmarke u. dgl. benutzt. Familienwappen brachte man an auf Säulen, Ringen, Grabmalern, Lederwaren, bemalten und geschliffenen Wandtafeln, sowie auf Porzellan und Schmuck. Am schönsten wirkte der Wappenschmuck auf farbenfreudigen gemalten Familienbildern, die heute noch, meist als sogenannte alte „Schweizer Wappenscheiben“, großen Wert besitzen.

Es ist nur zu begrüßen, wenn heute viele Familien sich auf die alten Überlieferungen besinnen und ihr Wappen wieder aufnehmen. Wer noch kein Wappen hat und gern eins führen möchte, wende sich an einen der wissenschaftlichen Vereine zur Familienforschung oder an einen anerkannten Wappenkünstler, der auch in der Lage ist, nachzufragen, ob nicht schon früher von der Familie ein Wappen geführt wurde; man prüfe aber den Ruf eines der sogenannten „heraldischen Institute“, ehe man einen solchen Vertrauen schenkt. Diese behaupten vielfach, daß für jeden Namen auch ein Wappen vorhanden sei, und daß jeder dieses Namens es führen dürfe. Sie berufen sich dabei auf eine „europäische Wappensammlung“, die gar nicht besteht, auch für alle Millionen Namen undenkbar ist.

Es würde hier zu weit führen, die heraldischen Regeln darzustellen. Es sei nur bemerkt, daß ein Wappen nur so besser wirkt, je einfacher es ist. Wer Bilderrätsel fabriziert verkennt alle guten heraldischen Grundsätze. Die Vorzeit hätte ein tieferes Verständnis für Einfachheit der Linienführung und Wappenfarben als die Gegenwart.

Nun noch einiges über die Festlegung eines überlieferten oder angenommenen Wappens. Für die Entrozung kommt in Betracht das Große und Allgemeine Wappenbuch, das in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Dr. D. W. von Heiner in München gegründet wurde und seit dem Jahr 1873 unter der Leitung namhafter Berliner Heraldiker steht, ferner das treffliche „Genealogische Handbuch bürgerlicher Geschlechter“, herausgegeben von Dr. Bernhard Körner. Der vollen Berechtigung der bürgerlichen Wappen Rechnung tragend, hat das erstgenannte Unternehmen von Anfang an denselben eine besondere Abteilung gewidmet. Von dem dritten Band an hat die Leitung dieser Abteilung der Geh-

Rechnungsrat G. M. Senler, Ehrenmitglied des Virellen heroldischen Vereins Herold, Berlin W. 30, übernommen und diese bis zum 12. Band gefördert. Ueber die erfolgte Entrozung wird auf Wunsch eine Urkunde ausgestellt, welche auch künstlerisch ausgearbeitet werden kann. Nach heutigem Recht hat ein derartiges Wappen gesetzlichen Schutz.

Allerlei

Gewerkschafter im Reichstag. Nachdem der Zentrumsabgeordnete Busch gestorben ist, rückt an dessen Stelle der preussische Landtagsabgeordnete Otto Gering-Rain, der Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist. Außer ihm sind bereits zwei Angehörige dieser Kaufmannsgehilfen-Gewerkschaft Mitglieder des Reichstags, nämlich Walter Lambach (D.R.G.P.) und Otto Thiel (D.R.G.).

Ein furchtbares Unwetter ging in der Nacht auf 21. von über die Gegend von Mücheln (Bez. Halle) und Ransfeld nieder. Nach einem Wolkenbruch stürzten ungeheure Wassermassen gegen den Bahnhof Mücheln und legten die Grube „Elisabeth“ der Anhaltischen Kohlenwerke sowie den Borort Röderling unter Wasser. Die Flut stieg über 3 Meter hoch. In den Häusern muhten die Bewohner in die oberen Stockwerke flüchten. Die Dienstwohnungen am Bahnhof sind fast alle vom Einsturz bedroht. Die Technische Rothilfe und die Feuerwehr retteten die Bewohner. Der Schaden beträgt etwa eine halbe Milliarde Mark, außerdem sind die Säulen vollständig vernichtet. In Ransfeld muhten mehrere Häuser wegen Einsturzgefahr geräumt werden. In Halle wurden die Straßen hoch überschwemmt. Ein großes Gebäude, in dem landes. Maschinen, Getreide und Stroh lagerten, ging durch Blighschlag in Flammen auf, der Schaden wird auf 100 Millionen geschätzt.

Ein furchtbares Hagelwetter suchte den sogenannten Hummelgau bei Bayreuth heim. Eine halbe Stunde lang sausten die Schlofen nühgröb nieder. Besonders schwer wurden die Orte Denndorf, Cadersdorf, Mittelbach und Hantaisie betroffen. Dächer wurden durchgeschlagen. Der Schaden dürfte in die Milliarden gehen, da der größte Teil der Saat, Obstbäume und Gärten vernichtet ist. Nur wenige Landwirte sind verschont.

Der Zug der Fünftausend. Bis zum Jahr 1913, als Deutschland rund 70 Millionen Einwohner hatte, zählte man im Durchschnitt 100 Deutsche monatlich, die aus irgendwelchen Gründen das Leben von sich warfen. Heute, da die Volkszahl im verfallenen Reich nur noch 60 Millionen beträgt, machen sich durchschnittlich 5000 von uns, im Jahr 60 000 auf die große Fahrt.

Anschauliche Geschenke. Die Maschinenfabrik Carl Holz in Berlin hat dem Deutschen Museum in München den elektrischen Aufzug für zehn Personen zum Ausschichturm mit kostenfreier Einrichtung gestiftet. Den Vorkauf auf das Maschinenfabrik Ad. Jaffa in Stuttgart ebenfalls gestiftet.

Kindererziehung. Auf Veranlassung des dänischen Abgeordneten A. P. Nielsen wurden am Montag 2500 unterernährte Berliner Kinder von einer dänischen Hilfsvereinigung in den Räumen des Vergnügungsgartens am Behrier Bahnhof festlich bewirtet. Bisher haben etwa 30 000 deutsche Kinder einen längeren Erholungsurlaub in Dänemark gefunden. In 16 deutschen Städten werden seit einigen Monaten täglich zusammen 6000 Kinder mit Kakao und Brötchen von der Hilfsvereinigung gespeist.

Wurfsabgabe. Die in den letzten Tagen in die Stadt Rudolstadt eingemeindeten Orte Cumbach und Wolfstedt haben nach dem Eingemeindungsvertrag die Verpflichtung, daß für jedes hausgeschlachtete Schwein von dem Besitzer zwei Pfund Wurst oder deren Wert in bar an das städtische Versorgungshaus in Rudolstadt abgeführt werden muß.

Siedlung. Wie bereits mitgeteilt, hat Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen zwei seiner Güter in Uffel (Oberpfälzen) im Umfang von 3000 Morgen für Neusiedlungen zur Verfügung gestellt. Der Fürst hat nun auch noch 5000 Morgen an seine Landwirte verteilt.

Flugleistung. Ein Flugzeug der Luftlinie München-Wien hat am 31. Mai diese Strecke in 140 Minuten zurückgelegt, obgleich das Flugzeug infolge schwerer Wolkenbildung gezwungen war, über die Wolken zu gehen.

Unwetter. Auch die Täler der Fulda, Eltra, Geis, Haun und Solz (Prov. Hessen-Kassau) wurden infolge schwerer Wolkenbrüche von Heberschwemmungen heimgesucht. Die Fulda stieg vorübergehend um 2 Meter. Die Kartoffelfelder sind förmlich fortgetragen worden.

Einbruch. Auf dem Gut Wöls bei Bülchen (Pommern) erbeuteten Einbrecher Silberfachen der Familien von Jäger und Heyden im Wert von 300 Millionen Mark.

Falsche Wanderzüge. Eine Bande von 10 jungen Burken und Mädchen, die auf ihren Ausflügen als angebliche Wanderzüge in der Umgebung von Berlin Rosenbierstühle von Leinwandtracht, den sie mit Drahtschere abschneiden, verübt hatten, wurden zusammen mit 4 Hebern hinter Schloß und Riegel gebracht.

24 Spielhöllen schlimmster Art, meist von Ausländern betrieben, hat die Berliner Polizei in den letzten zwei Monaten nachsichtigerweise ausgehoben.

Die dritte Frau wurde dieser Tage bei einer Nachwahl in das englische Unterhaus gewählt.

Die Art der Hinrichtung in Deutschland ist wie Landesrichterrat Rudolf Ziel in „Reclams Universalium“ ausführlich durch das Reichsstrafgesetzbuch geordnet. Die Todesstrafe ist danach die Enthauptung und der Landesgesetzgebung bleibt nur insofern Spielraum, als sie die Form selbstständig regeln kann. Nach gemeinem Recht war das Schwert die Waffe des Scharfrichters. Nach heute wird das Richtschwert in Mecklenburg, Anhalt, Meiß, Schaumburg-Blippe und Bremen verwendet. Im größten Teil von Preußen, in Braunschweig und in einigen thüringischen Staaten ist das Beil an seine Stelle getreten. In anderen deutschen Ländern, so auch in Württemberg und Baden, ist das Fallbeil eingeführt, das nach dem Erfinder, dem französischen Arzt Guillotin „Guillotine“ genannt und während der französischen Revolution Welttrug erlangte. In Bayern hat der Kommunist Eisner-Rusmanow 1918 während der Räteregierung die Hinrichtung durch Erschießen angeordnet und diese Todesstrafe ist in Bayern beibehalten worden.

